
Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Situation im Grenzgebiet zur Bundesrepublik

Die Staatssicherheit nahm die Stimmungen und aufkeimende Proteste in der Phase unmittelbar nach dem Mauerbau genau in den Blick. Vielerorts glaubte die Geheimpolizei Zustimmung in der Bevölkerung zu erkennen, dokumentierte aber auch "negative" Äußerungen vieler Bürger.

Bis zum Mauerbau am 13. August 1961 flohen über drei Millionen Menschen aus der DDR. Dieser Aderlass verursachte enorme wirtschaftliche Schäden, denn viele junge, gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger flohen in den Westen. Diese "Abstimmung mit den Füßen" widerlegte die Propaganda von der Überlegenheit des "real existierenden Sozialismus" und beschädigte zusätzlich das politische Ansehen der SED.

Mit dem Bau der Berliner Mauer brachten die DDR-Machthaber die dramatisch gewachsene Fluchtbewegung von Ost nach West zwar fast zum Versiegen. Doch in den ersten Monaten wies das Sperrsystem noch Lücken auf, die nur allmählich geschlossen werden konnten. Für die Stasi blieb auch nach dem Mauerbau die Verhinderung von sogenannten "Republikfluchten" eine zentrale Aufgabe und eine Art Selbstlegitimierung aller Lebensbereiche der DDR-Bevölkerung zu durchdringen.

Die Staatssicherheit nahm kritische Stimmungen und aufkeimende Proteste unmittelbar nach der Grenzschließung genau in den Blick. Unter der "Kennziffer 4" berichtete etwa die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt über die Situation im Grenzgebiet. Das vorliegende Schreiben vom 19. August 1961 dokumentiert die Stimmung in der Bevölkerung. Die Geheimpolizei glaubte Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zu erkennen, benannte aber auch "negative" Äußerungen vieler Bürger.

Signatur: BStU, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 12, Bl. 43-46

Metadaten

Dienst Einheit: Bezirksverwaltung Karl-Datum: 19.8.1961
Marx-Stadt

Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Situation im Grenzgebiet zur Bundesrepublik

BStU
000043

Auf.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT Karl-Marx-Stadt, den 21.8.1961
Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt Tgb.-Nr. Itg./ 754/61
- Der Leiter -

An die
REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
- zu Hd. d. Ministers
Gen. Generaloberst M i e l k e -

VME 1704/61
23.8.61
21 1286161
24.8.

B e r l i n

Betr.: Kennziffer 4
Bezug: Ihre Anweisung

In der Anlage übersende ich Ihnen einen weiteren Bericht
über die Kennziffer 4 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Anlage
1 Bericht - 4 Bl.

Leiter der Bezirksverwaltung
iv. Gehlert
(G e h l e r t)
Oberstleutnant

gef. 2 Ex.

Signatur: BStU, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 12, Bl. 43-46

Blatt 43

Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Situation im Grenzgebiet zur Bundesrepublik

Karl-Marx-Stadt, den 19.8.1961

Betr.: Kennziffer 4

BStU
000044

Die politisch-ideologische Situation im Grenzgebiet

Die politisch-ideologische Situation im Grenzgebiet ist gekennzeichnet durch eine offensive Politik von Partei und Staatsapparat. So wurden in der letzten Zeit mehrere Versammlungen und öffentliche Foren in Orten des Grenzgebietes durchgeführt, auf denen entweder über die mangelnde genossenschaftliche Arbeit der LPG diskutiert wurde, oder mit Personen, die in der Vergangenheit negativ auftraten, abgerechnet wurde. Von dem großen Teil der Grenzbevölkerung wurden diese Maßnahmen besonders im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Lösung der Westberlin-Frage positiv aufgenommen.

Bezüglich der Vorbereitung der Wahlen im September wird im Grenzgebiet eine aktive und gute Vorbereitung durchgeführt, und es wurden auch schon viele Verpflichtungen abgegeben, die z. B. enthalten, bis zu einem gewissen Zeitpunkt genossenschaftlich zu arbeiten oder den Volkswirtschaftsplan der Gemeinde in allen Teilen zu erfüllen und zu überbieten. So gab z. B. die Gemeinde Possek die Verpflichtung ab, den Plan der Gemeinde mit 105 % zu erfüllen.

Auch der 2. bemannte Weltraumflug durch den Genossen Titow wird als eine große wissenschaftliche Pioniertat gewürdigt. Jedoch gibt es auch einige Personen im Grenzgebiet, die negierend gegen diese Maßnahmen auftreten. Viele Diskussionen zeigen, daß der westliche Rundfunk und das Fernsehen einen großen Einfluß auf das politisch-ideologische Niveau der Bevölkerung nimmt. Besonders viel vertreten wird die Meinung, daß bei der Lösung des Westberlin-Problems die Amerikaner das Gebiet wieder zurückfordert, welches ehemals von ihnen besetzt war. Dies führt dazu, daß sich viele Personen im Grenzgebiet schwankend und abwartend verhalten, was sich besonders darin zeigt, daß viele Bauern eine genossenschaftliche Arbeit ablehnen.

So äußerte z. B. die [REDACTED], beschäftigt in [REDACTED]: "Amerika hat Ansprüche auf die Gebiete, welche sie im 2. Weltkrieg besetzt hatten, und es kann passieren, daß sie bald wieder hier einziehen."

Der [REDACTED] von der [REDACTED] brachte zum Ausdruck: "Die Russen sollen doch auf Grund ihrer Vorschläge zuerst unser Land verlassen. Dann werden auch die anderen gehen."

Der [REDACTED] vertritt die Riasparole: Die Lage verschlechtert sich durch die Maßnahmen unserer Regierung, und es kann zu einem Krieg kommen.

Der [REDACTED] äußerte: "Denen müßte man den Wanst vollhauen, die Berlin zugemacht haben."

Der [REDACTED] brachte zum Ausdruck, die Maßnahmen betreffen wieder nur die kleinen Arbeiter.

Unstimmigkeiten treten bei der Zusammenarbeit zwischen den LPG Typ I und Typ III auf. Die Mitglieder der LPG Typ I bringen zum Ausdruck, daß sie zuwenig mit Maschinen von den LPG Typ III unterstützt werden. Besonders tritt dies in Possek und Wiedersberg auf.

-2-

Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Situation im Grenzgebiet zur Bundesrepublik

- 2 -

BStU
000045

So äußerte der [REDACTED] der LPG, Typ I, [REDACTED], daß er seine Funktion niederlegen will, wenn sie keine Maschinen von der LPG Typ III erhalten.

Der [REDACTED] vertrat zu den letzten Maßnahmen unserer Regierung und zur Verjagung des [REDACTED], folgende Meinung: Die Maßnahmen unserer Regierung empfand er als zu hart und er wäre mehr für eine humane Politik.

Ebenso vertritt ein Teil der Bevölkerung die Meinung, daß die Verhaftung des [REDACTED] zu hart sei. Man hätte auch auf andere Art und Weise vorgehen können. Es gab jedoch auch positive Stimmen, die sinngemäß äußerten: Wenn er die Macht in seinen Händen hätte [REDACTED], würde er ganz anders mit uns verfahren.

Schwächen und Hemmnisse bei der Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung

Im großen und ganzen ist im Grenzgebiet zu verzeichnen, daß sich die Bevölkerung gegenüber den Maßnahmen und Anweisungen des Staatsapparates diszipliniert verhält und diese befolgt. Es gibt einige wenige Beispiele, wo sich Einwohner des Grenzgebietes dagegen aussprechen, daß sie z.B. keine Arbeiten ohne Aufsicht im 500-m-Schutzstreifen mehr durchführen können. Dazu wurde jedoch bereits die DGP angewiesen, daß sie zuverlässige Personen die notwendigen Arbeiten im 500-m-Schutzstreifen auch ohne Aufsicht der DGP durchführen lassen.

Unter der Bevölkerung von Possek und Gassenreuth gibt es Diskussionen, weil sich der Vorsitzende der LPG "Thälmann-Pionier" ein Haus auf LPG-Kosten ausbauen ließ. Dies trägt dazu bei, daß der Zustand zwischen den LPG-Mitgliedern und dem Vorstand sich laufend verschlechtert und die gesamte Entwicklung der LPG darunter leidet.

Aus dem AZKW Gutenfürst mußte der [REDACTED], wegen Befehlsverweigerung entlassen werden.

In der Grenzsicherheitskommission in Plauen wurde deshalb beschlossen, den [REDACTED] als Unsicherheitsfaktor aus dem Grenzgebiet auszusiedeln. Durch untaktisches Verhalten des Rates des Kreises Plauen wurde diese Maßnahme in Grobau bekannt und die [REDACTED] lehnen sich gegen diese Maßnahme auf. Der [REDACTED] selbst jedoch scheint diese Maßnahme einzusehen, so daß bei der Aussiedelung nicht mit größeren Komplikationen zu rechnen ist.

Tätigkeit des Gegners an der Staatsgrenze West

Es ist einzuschätzen, daß sich die Tätigkeit des Gegners im gegenüberliegenden Grenzgebiet in der letzten Zeit etwas verstärkt hat. Vor allen Dingen wurden nach den vorhandenen Informationen verstärkt verdeckte und Hinterhaltsposten eingesetzt. Besonders ab 13.8.61 ist eine verstärkte Bewegung des Gegners im gesamten Grenzabschnitt und speziell an der Nentschauer Str. und an der Ulitz zu bemerken.

-3-

Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Situation im Grenzgebiet zur Bundesrepublik

